

## Beschluss (vorläufig) Zukunft sichern - ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 30.11.2025  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

### Antragstext

- 1 Deutschland und Europa stehen vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen –
- 2 geopolitisch wie strukturell. Auch in Deutschland hat sich die wirtschaftliche
- 3 Lage infolge der neuen geopolitischen Lage nach dem Angriffskrieg Putins auf die
- 4 Ukraine spürbar verschärft - der Zugang zu scheinbar billiger Energie und vielen
- 5 renditeträchtigen Absatzmärkten ist weggefallen. Jahrzehntlang aufgebaute
- 6 Abhängigkeiten von Drittstaaten werden nicht kleiner, sondern größer.
- 7 Wirtschaftliche Verflechtungen werden als Waffe eingesetzt.
- 8 Spätestens seit dem Draghi-Bericht ist auch klar: Die schwindende
- 9 Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union ist alarmierend. Sie hat viele
- 10 Ursachen: geringere Investitionen und weniger Dynamik bei innovativen Produkten,
- 11 mangelnde Anwendung von Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung, Mehrkosten
- 12 durch Bürokratie, demographischer Wandel und Energiekosten.
- 13 Die Folgen für Deutschland: Die Zahl der Regelinsolvenzen und die
- 14 Arbeitslosenzahlen bleiben hoch, und die Energiekosten bedürfen trotz eines
- 15 starken Preisrückgangs bis unterhalb des Niveaus der letzten CDU-geführten
- 16 Bundesregierung weiterer Entlastungen, vor allem für kleine und mittlere
- 17 Unternehmen und für Privathaushalte. Die demographische Entwicklung, der
- 18 Föderalstaat und ausgebliebene Investitionen in die Infrastruktur erschweren die
- 19 deutschen Rahmenbedingungen.
- 20 In dieser Lage ist klar: Unsere Industrie braucht statt ideologischer Debatten
- 21 Planungssicherheit, Innovationsförderung und -ermöglichung, Fachkräfte und die
- 22 Senkung von Energie und Lohnnebenkosten und eine Bundesregierung, die
- 23 Fortschritt nicht blockiert, sondern aktiv ermöglicht.
- 24 Die neue Bundesregierung hat Erwartungen geweckt – und enttäuscht. Statt die
- 25 unter grüner Regierungsbeteiligung begonnenen Strukturreformen entschlossen
- 26 fortzuführen, hat sie zentrale wirtschaftspolitische Weichenstellungen in Frage
- 27 gestellt. Statt die ökologische Modernisierung und die notwendigen Reformen zum
- 28 Nutzen von Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und sozialer Sicherheit weiter
- 29 auf Kurs zu halten, verliert Deutschland Zeit – mit realen Folgen: steigenden
- 30 Lohnnebenkosten, überlasteten Sozialsystemen und einem gefährdeten Klimakurs.
- 31 Während andere Volkswirtschaften gezielt auf Zukunftsbranchen setzen, fehlt der
- 32 Bundesregierung eine kohärente Innovations- und Industriepolitik, die Wohlstand
- 33 und Beschäftigung, Klimaneutralität, Transformation und Unabhängigkeit
- 34 verbindet.
- 35 Deutschland steht damit an einem Wendepunkt. Wir brauchen Investitionen statt
- 36 Symbolpolitik, Verlässlichkeit statt Rollback, Ehrlichkeit statt kurzfristiger
- 37 Wahlgeschenke – und eine Wirtschaftspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit,
- 38 Klimaschutz und starke Binnennachfrage miteinander verbindet. Denn eine
- 39 gestärkte Binnennachfrage ist zentral für wirtschaftliche Stabilität. Wirksame

Maßnahmen gegen steigende Sozialbeiträge, ein gerechtes Steuer- und Transfer-System sowie eine konsequente Abkehr von klimaschädlichen Subventionen sind die Grundpfeiler, die Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenhalt und Klimaschutz verbinden.

Wir Bündnisgrüne wollen eine Politik, die Arbeitsplätze sichert, internationale Wettbewerbsfähigkeit stärkt, Klimaschutz voranbringt, regionale Gerechtigkeit herstellt und soziale Sicherheit generationengerecht organisiert. Nur so bleibt Deutschland stark – ökologisch, ökonomisch und sozial.

#### 1. Standort Stärken, Abhängigkeiten beenden

Teile der Automobilindustrie haben mit Unterstützung einer zögernden Politik großer Koalitionen zu lange auf alte Technologien gesetzt und so die Transformation verschlafen. Die deutschen Hersteller drohen im globalen Wettbewerb zunehmend Marktanteile zu verlieren, insbesondere an neue Wettbewerber aus dem asiatischen Raum. Während in weiten Teilen der Welt die Elektromobilität auf dem Vormarsch ist, diskutiert die Bundesregierung über eine Renaissance des Verbrennungsmotors. Es ist gleichermaßen gefährlich für den Klimaschutz und die Zukunft unseres Industriestandorts, dass Union und SPD die europäische Einigung zum Verbrenner-Aus in Frage stellen und somit Unsicherheit schüren. In der aktuellen Strukturkrise braucht die Branche Planungssicherheit und gezielte Impulse für klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung, dass ab 2035 in Europa kein fossiler Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss durch attraktive Anreize, die Attraktivität elektrischer Mobilität zu steigern, Förderung von Innovationen sowie durch strukturpolitische Maßnahmen in den vom Wandel der Automobilindustrie besonders betroffenen Regionen ergänzt werden. Dafür muss die Bundesregierung sorgen. So stärken wir die Position unserer Unternehmen auf den internationalen Märkten.

Wir fordern einen Ausbau der und Zugang zur deutschen und europäischen Ladeinfrastruktur für verlässliches und bezahlbares Laden und die Senkung der Stromsteuer für alle, ein Sonderbeschaffungsprogramm für E-Mobilität in Behörden und kommunalen Diensten, sozial gestaffelte Fördermodelle für Haushalte mit geringem Einkommen (z.B. „Social Leasing“), die an europäische Wertschöpfungsketten gebunden sind, sowie eine auf emissionsfreie, batterieelektrische Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-Besteuerung. Förderung muss da ankommen, wo sie gebraucht wird. Wir wollen insbesondere Menschen mit geringem Einkommen beim Umstieg auf die Elektromobilität konkret unterstützen: Wer, insbesondere auf dem Land, oder zum Pendeln auf das Auto angewiesen ist und weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, zahlt für das Leasing eines elektrischen Kleinwagens maximal 100 Euro pro Monat.

Die Elektrifizierung der Dienstwagenflotten ist einer der größten kurzfristig realisierbaren CO<sub>2</sub>-Hebel im Verkehrssektor und zugleich sozialpolitisch sinnvoll. Ein aufkommensneutrales Bonus-Malus-System aus steuerlichen Maßnahmen kann dabei sicherstellen, dass Fahrzeuge mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß stärker belastet und vollelektrische Fahrzeuge steuerlich entlastet werden. Diese Maßnahme trägt zur Erreichung der nationalen Minderungsziele im Verkehrssektor bei und kann zugleich Preissteigerungen durch den ETS 2 abmildern.

Gleichzeitig braucht es eine europäische Strategie für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Der Bericht von Mario Draghi hat deutlich gemacht, dass Europas Stärke nur in einem vollendeten Binnenmarkt für Innovation, Energie und Kapital liegen kann. Deutschland muss sich klar zur europäischen Industriepolitik

88 bekennen und gemeinsam mit seinen Partnern die Rahmenbedingungen für  
89 Investitionen in Europa stärken.

90 Deutschland braucht Investitionen, deshalb haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das  
91 Sondervermögen Infrastruktur ermöglicht. Es darf aber nicht zur  
92 Haushaltskosmetik missbraucht werden, sondern muss ein strategisches Instrument  
93 für echten Fortschritt sein.

94 Wir fordern: eine klare Zweckbindung – ausschließlich für zusätzliche  
95 Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Bildung und  
96 Energiewende. Investitionen in diesen Bereichen sind keine Belastung der  
97 Haushalte, sondern die Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Eine  
98 verlässliche, vorausschauende Investitionspolitik ist der Schlüssel, um  
99 Deutschlands industrielle Stärke zu sichern, regionale Ungleichheiten abzubauen  
100 und die ökologische Modernisierung voranzubringen.

101 Deutschland braucht eine verlässliche, bezahlbare und zukunftsfähige - also  
102 klimaneutrale - Energieversorgung. Statt fossile Geschäftsmodelle zu schützen,  
103 machen wir günstigen grünen Strom durch smarte Netze, Speichertechnologien,  
104 digitale Messsysteme, Wasserstoff und lokale Nutzung zur Grundlage für  
105 industrielle Erneuerung, Versorgungssicherheit und Teilhabe. Die geplante  
106 Ausweitung der Gaskraftwerkskapazitäten auf bis zu 20 GW dagegen übersteigt den  
107 realen Bedarf bei weitem. Anstatt flexible und erneuerbare Lösungen zu fördern,  
108 wird mit dieser Politik von Bundeswirtschaftsministerin Reiche der Einstieg in  
109 eine neue Abhängigkeit von fossilem Gas zementiert.

110 Der von der Bundesregierung geplante überdimensionierte Turbozubaubau neuer  
111 zentraler Gaskraftwerke ist Teil einer Politik zum Schutz fossiler Interessen  
112 und Geschäftsmodelle, alles zum Nachteil unserer Städte und Dörfer gerade in den  
113 ländlichen Regionen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Städte und Gemeinden in  
114 allen Bundesländern rechtssicher an der Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien  
115 teilhaben. Die Kommunen sollen auch bei der Stromerzeugung aus Wind- oder  
116 Solarenergie außerhalb des EEG eine Ertragsbeteiligung von 0,2 Cent pro  
117 Kilowattstunde erhalten.

118 Doch die Zukunft ist elektrisch, erneuerbar und dezentral. Wir wollen die  
119 Dynamik des Ausbaus von Sonne, Wind und Speichern erhalten, denn wir glauben an  
120 industrielle Erneuerung, Zukunft mit KI, Digitalisierung und klimaneutrale  
121 Wertschöpfung made in Germany. Deshalb fordern wir: Ausbauziele bei  
122 Gaskraftwerken am tatsächlichen Bedarf ausrichten und die bereits mit der EU  
123 geeinten 5 GW Gas-Sprinterkraftwerke schnell errichten, Innovation und  
124 Flexibilität in den Mittelpunkt stellen und so Vorrang für kostengünstige,  
125 saubere Alternativen wie naturverträgliche Biomasse, Batteriespeicher und  
126 Lastmanagement schaffen. So gewährleisten wir Versorgungssicherheit ohne teure  
127 fossile Risiken und Abhängigkeit von Drittstaaten, oft Autokratien.

128 Gleichzeitig will die neue Bundesregierung die Investitionsanreize für Wind- und  
129 Solarprojekte deutlich abschwächen. Durch das absichtliche Bremsen der  
130 Energiewende verunsichert die Wirtschaftsministerin Investor\*innen und gefährdet  
131 Versorgungssicherheit, Resilienz und Zukunftsfähigkeit.

132 Wir fordern: ein Marktdesign, das Investitionen stärkt, dezentrale erneuerbare  
133 Energieerzeugung erleichtert und die Dynamik des Ausbaus auf den eingeschlagenen  
134 Kurs hält – so bleibt Deutschland bei den Zukunftstechnologien wettbewerbsfähig.

135 Die Abschaffung der Gasspeicherumlage entlastet vor allem fossile Energien,  
136 während die von Merz und Klingbeil im Koalitionsvertrag zugesagte Senkung der  
137 Stromsteuer für Haushalte und Mittelstand ausfällt. Das verteuert die  
138 Elektrifizierung – das Herzstück der klimaneutralen Wirtschaft.

139 Wir fordern: eine sofortige Senkung der Stromsteuer für alle, damit E-Autos,  
140 Wärmepumpen und moderne Industrieprozesse günstiger werden und unsere  
141 Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird.

142 Mit den Anträgen “Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit”  
143 und “Energiewende 2.0: Nutzen statt Abwürgen” buchstabieren wir diese Konzepte  
144 aus.

145 Unsere Wirtschaft ist aber auch auf Rohstoffe angewiesen, die im Ausland  
146 gefördert und verarbeitet werden. Diese Abhängigkeit birgt erhebliche Risiken  
147 auf geopolitischer und wirtschaftlicher Ebene. Um unsere Rohstoffsouveränität zu  
148 stärken, müssen mehr deutsche und europäische Rohstoffprojekte auf den Weg  
149 gebracht und globale Rohstoffpartnerschaften vorangetrieben werden. Außerdem  
150 stärken, ist der Aufbau geschlossener Stoffkreisläufe dringend notwendig.  
151 Kreislaufwirtschaft bedeutet mehr als Recycling – sie umfasst die Verlängerung  
152 der Produktlebensdauer, die Förderung von Reparatur und Wiederverwendung, die  
153 Reduktion von Schadstoffen sowie nachhaltige Produktgestaltung von Anfang an.  
154 Wir fordern: gezielte Investitionen in Forschung, Förderprogramme und  
155 Praxisinitiativen für Kreislaufwirtschaft, um Rohstoffsouveränität, Klimaschutz  
156 und Innovationskraft zu verbinden.

157 Statt einem Aufbruch in die klimaneutrale Wirtschaft der Zukunft setzt die  
158 Bundesregierung zur Rolle rückwärts an. Die Wiedereinführung der  
159 Agrardieselsubvention durch CDU, CSU und SPD beispielsweise ist ein Rückschritt  
160 in der Klima- und Landwirtschaftspolitik. Wir wissen um die schwierige Lage  
161 vieler Betriebe, doch gerade deshalb brauchen sie verlässliche Perspektiven  
162 statt Subventionen, die öffentliche Mittel binden, die wir für einen  
163 ökologischen Umbau der Landwirtschaft und damit für die Verbesserung der  
164 Wertschöpfung in den ländlichen Regionen besser einsetzen sollten.

165 Fossile Subventionen blockieren die notwendige Transformation und sind mit  
166 Klimaschutz nicht vereinbar. Deutschland ist weiterhin einer der größten  
167 Subventionierer fossiler Energien in der EU; das schadet Klimazielen und bindet  
168 Milliarden, die für den ökologischen Umbau gebraucht werden. Wir wollen  
169 insbesondere klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen. Dabei achten wir  
170 auf eine sozialverträgliche, verlässliche Umsetzung und Planungssicherheit. Die  
171 Mittel wollen wir in Klimaschutz, soziale Entlastung und Investitionen in die  
172 Zukunft umschichten.

## 173 2. Sozial, gerecht und sicher

174 Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen verlässlich, gerecht und  
175 generationenfest sein. Um dies heute und in Zukunft zu gewährleisten, müssen sie  
176 reformiert werden. Auch um effizienter zu werden und so Kostensteigerungen  
177 abzubremesen. Wirksame Maßnahmen gegen steigende Sozialbeiträge sind auch ein  
178 Standortfaktor: Kalkulierbare Lohnnebenkosten stärken Investitionssicherheit und  
179 Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Dabei ist für uns klar: Reformen  
180 dürfen nicht auf Kosten der Schwächsten gehen. Sozialreformen ja, Sozialabbau  
181 nein. Unsere Gesellschaft braucht ein funktionierendes soziales Netz, das

182 Sicherheit gibt, Chancen eröffnet und auf Solidarität setzt – und ein grünes  
183 Aufstiegsversprechen, das jungen Menschen ermöglicht, ihre Zukunft  
184 selbstbestimmt und unabhängig von Herkunft oder Wohnort zu gestalten.

185 Nie zuvor haben die Beitragszahler\*innen einen so hohen Teil ihres Einkommens  
186 für die Gesundheit- und Pflegeversorgung aufgebracht - und leiden trotzdem unter  
187 immer längeren Wartezeiten und Terminengpässen. Während Pflegekräfte und  
188 Ärzt\*innen teils am Rande der Belastungsgrenze Übermenschliches leisten, liegt  
189 die Lebenserwartung in Deutschland inzwischen unter westeuropäischem  
190 Durchschnitt. Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist so teuer, weil zu viel  
191 Geld in ineffizienten Strukturen versickert und an falschen Stellen Ausgaben  
192 ungebremst steigen. Gleichzeitig bleibt die Finanzierung zwischen gesetzlicher  
193 und privater Versicherung gespalten – das ist weder gerecht noch effizient.

194 Wir fordern deshalb ein Maßnahmenpaket, das die Ausgabenentwicklung im Bereich  
195 von Gesundheit und Pflege bremst, die Versorgung verbessert und Beiträge  
196 stabilisiert. Dazu gehört im Bereich der Gesundheitsversorgung:

- 197 • Die Kosten und Nutzen neuer, innovativer Arzneimittel in ein ausgewogenes  
198 Verhältnis zu setzen und weitere Preisexplosionen zu verhindern;
- 199 • Die Krankenhausreform konsequent umzusetzen, um bei besserer Qualität  
200 Kosten zu sparen;
- 201 • Die beschlussreife Reform des Notfall- und Rettungsdienstes unverzüglich  
202 auf den Weg zu bringen, um Patientinnen und Patienten frühzeitig in die  
203 medizinisch richtige Versorgungsebene zu leiten und außerdem Hausärzte in  
204 der Regel als verbindliche erste Anlaufstelle im Gesundheitssystem zu  
205 verankern, sowie teure Über- und Fehlversorgung zurückzudrängen;
- 206 • Ein dynamisierter Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen zur  
207 Stabilisierung der gesetzlichen Krankenkassen.

208 Im Bereich der Pflege fordern wir die die Stärkung der pflegefachlichen  
209 Indikationsstellung und Verordnung sowie die Stärkung der tagespflegerischen  
210 Versorgung, sowie die Pflege durch Zugehörige attraktiver machen, statt der  
211 pauschalen Streichung von Leistungen oder Abschaffung von Pflegegraden.

212 Zudem muss die derzeitige Schieflage im Zwei-Klassen-System korrigiert werden.  
213 Dafür sollen schrittweise auch die Privaten Krankenversicherungen in einen  
214 fairen Lasten- und Risikoausgleich einbezogen und die Bundeszuschüsse zu den  
215 Versicherungen über ein gerechtes Steuersystem finanziert werden, in dem auch  
216 sehr hohe Vermögen und Kapitaleinkommen einen angemessenen Beitrag leisten.  
217 Damit wird die Finanzierung insgesamt fairer verteilt als heute und die  
218 arbeitende Bevölkerung samt Unternehmen wirkungsvoll und nachhaltig entlastet.

219 Auch im Bereich der Rentenversicherung stellt sich die Frage, wie wir das System  
220 angesichts des demographischen Wandels finanzieren und ob sich junge Menschen  
221 auf die Rente noch verlassen können, wenn sie selbst älter werden.

222 Mit ihrem angekündigten Rentenpaket wird die Bundesregierung diesen akuten  
223 Herausforderungen nicht gerecht. Das Rentenniveau bis 2031 bei 48 %  
224 einzufrieren, schafft zwar kurzfristig Sicherheit auf dem Papier, führt aber  
225 langfristig zu keiner Stabilisierung des Systems. Hinzu kommt die Ausweitung der

226 Mütterrente, die zusätzliche Milliarden kostet, ohne damit gezielt Altersarmut  
227 von Frauen zu bekämpfen.

228 Dabei gibt es Maßnahmen, die zügig auf den Weg gebracht werden könnten:

229 Ein Schwerpunkt sollte darauf liegen, längeres Arbeiten in Gesundheit zu  
230 ermöglichen – damit mehr Menschen bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter  
231 ihrer Arbeit nachgehen können. Um flexible Übergänge von Beruf in Rente zu  
232 stärken, müssen Leistungen der Rente für die gesundheitliche Früherkennung,  
233 Prävention und Rehabilitation verbessert und ein gleitender Übergang durch  
234 Teilrenten und Teilzeitbeschäftigung ermöglicht werden. Ergänzend müssen dem  
235 Alter angepasste Arbeitsbedingungen, eine bessere Unterstützung bei  
236 Tätigkeitswechseln, Weiterbildungen und Umschulungen gefördert werden.

237 Zudem sollte ein öffentlich verwalteter Bürgerfonds für die Rente auf den Weg  
238 gebracht werden. Die Pläne dafür liegen auf dem Tisch. So ließe sich in der  
239 gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende Kapitaldeckung etablieren,  
240 ausschließlich mittels Darlehen und Eigenmitteln des Bundes. Die Beiträge der  
241 Versicherten bleiben unangetastet. Der Bürgerfonds kann als finanziell  
242 attraktives Standardprodukt auch für die private und die betriebliche  
243 Altersvorsorge genutzt werden. Das würde die Rente zukunftsfester machen und  
244 wäre weit klüger, als mit der Frühstartrente die Fehler der Riesterrente zu  
245 wiederholen, die Banken und Fondsgesellschaften viele Einnahmen, den  
246 Bürger\*innen aber wenig Erträge gebracht haben.

247 Zur Stärkung der gesetzlichen Rente sollten außerdem auch Abgeordnete, nicht  
248 anderweitig abgesicherte Selbstständige und perspektivisch Beamte, unter  
249 Beibehaltung des Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einzahlen.

250 Diese Maßnahmen gehen weit über das hinaus, was die Bundesregierung bis jetzt  
251 zur Stabilisierung der Altersvorsorge vorgelegt hat. Die Debatte zum sogenannten  
252 Rentenpaket der Regierung hat einmal mehr gezeigt, dass unserer Gesellschaft ein  
253 Generationenkonflikt droht, wenn die Folgen und finanziellen Auswirkungen des  
254 demographischen Wandels nicht richtig austariert werden oder auch nur der  
255 Anschein einer einseitigen Belastung entsteht. Deshalb möchten wir an einem  
256 neuen Generationenvertrag arbeiten, in dem junge Menschen nicht gegen alte  
257 ausgespielt werden, sondern sich in einem solidarischen System wiederfinden, das  
258 die Anliegen aller berücksichtigt. Diese Arbeit ist dann erfolgreich, wenn junge  
259 Menschen Beitragszahlungen nicht scheuen, weil sie wissen, dass auch sie dadurch  
260 im Rentenalter ein auskömmliches Leben führen können.

261 Mit diesem Anspruch möchten wir 2026 ein umfassendes Konzept zur Zukunft der  
262 Alterssicherung breit in der Partei diskutieren und der  
263 Bundesdelegiertenkonferenz 2026 vorlegen.

264 Das Konzept entsteht auf der Grundlage, dass die Alterssicherung solidarisch,  
265 generationengerecht, finanziell tragfähig und armutsfest gestaltet wird - für  
266 die heutigen Rentner\*innen ebenso wie für die kommenden Generationen. Dafür  
267 gelten folgende Leitplanken:

- 268 1. Vertrauen in die Rente schaffen: Alle Menschen, die heute in Rente sind,  
269 genauso wie die künftigen Generationen, müssen eine auskömmliche Rente  
270 erwarten können. Wer jahrelang eingezahlt hat, muss davon im Alter gut  
271 leben können. Die Berechnung der Rente muss diesem Grundsatz folgen. Dafür

272 wollen wir auch über eine ausgewogene Weiterentwicklung des Verhältnisses  
273 von Äquivalenz- und Solidarprinzip sowie bessere Möglichkeiten, über das  
274 Erwerbsleben hinweg zusätzliche Vorsorge aufzubauen, diskutieren.

275 2. Generationengerechtigkeit sichern: Die Finanzierung der Alterssicherung  
276 muss so ausgestaltet werden, dass steigende Belastungen der  
277 Beitragszahler\*innen durch den demographischen Wandel und längere  
278 Rentenbezugszeiten in der Rentenanpassung angemessen berücksichtigt und  
279 zusätzliche Lasten nicht einseitig auf jüngere Generationen verschoben  
280 werden. Auch der Nachhaltigkeitsfaktor muss unter dem Aspekt der  
281 Stabilisierung der Rentenfinanzen diskutiert werden.

282 3. Beiträge stabilisieren und die Basis verbreitern: Das Konzept soll Wege  
283 aufzeigen, wie die Beitragsbelastung für Beschäftigte und Unternehmen  
284 langfristig planbar und tragfähig bleibt. Dazu können unter anderem eine  
285 Stärkung der gesetzlichen Rente als tragende Säule, ergänzt durch eine  
286 verlässliche, für alle zugängliche und wirksame betriebliche und private  
287 Vorsorge, eine breitere Finanzierungsbasis, die Einbeziehung möglichst  
288 vieler Erwerbstätiger, sowie eine Kopplung des Renteneintrittsalters an  
289 die Entwicklung der Lebenserwartung, gehören.

290 4. Schutz vor Altersarmut stärken: Das künftige System der Alterssicherung  
291 soll wirksam vor Altersarmut schützen - insbesondere für Menschen mit  
292 niedrigen Löhnen und folglich geringen Renten.

293 5. Mehr Gerechtigkeit im System schaffen: Ungerechtfertigte Unterschiede und  
294 Privilegien zwischen verschiedenen Alterssicherungssystemen - im  
295 Speziellen zwischen den Leistungen der GRV im Vergleich zur  
296 Beamtenversorgung - sollen schrittweise abgebaut und das System insgesamt  
297 stärker zusammengeführt werden. Frühverrentungs- und abschlagsfreie  
298 Regelungen sollen so weiterentwickelt werden, dass sie vor allem Menschen  
299 mit langen Versicherungszeiten und körperlich oder psychisch besonders  
300 belastenden Tätigkeiten zugutekommen.

301 In herausfordernden Zeiten braucht es einen starken und verlässlichen  
302 Sozialstaat. Denn jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein  
303 würdevolles Leben. Die Debatte über angebliche Einsparungen beim Bürgergeld hat  
304 dieses Vertrauen in den Sozialstaat geschwächt, die Spaltung unserer  
305 Gesellschaft befeuert und obendrein nicht dazu geführt, dass auch nur ein Mensch  
306 mehr zurück in Arbeit findet.

307 Die geplante Neue Grundsicherung ist ein System, welches Menschen unter Druck  
308 setzt, statt ihnen zu helfen. Mit den geplanten Verschärfungen der Sanktionen  
309 und Leistungsbedingungen droht die Bundesregierung den grundgesetzlich  
310 garantierten Anspruch auf existenzsichernde Leistungen zu unterlaufen. Eine  
311 Grundsicherung bedeutet für uns, dass man sich auf den Sozialstaat verlassen  
312 kann und Kinder und Familien nicht in Obdachlosigkeit gedrängt werden. Die  
313 Milliarden Einsparungen, mit der die Union Wahlkampf gemacht und bis zuletzt in  
314 Aussicht gestellt hat, waren von Anfang an nichts anderes als ein leeres  
315 Versprechen und eine Stimmungsmache gegen Menschen, die Unterstützung benötigen.  
316 Wir fordern Einsparungen in der überbürokratisierten Verwaltung der  
317 verschiedenen Sozialleistungen zu finden, die sowohl Betroffene als auch  
318 Behörden oft überfordern. Zudem müssen Wohnkosten durch wirksame

319 Mietenregulierung gesenkt werden, auch um "Wohnen" wieder bezahlbarer für alle  
320 Menschen zu gestalten.

321 Die Debatte über das Bürgergeld stigmatisiert die betroffenen Menschen, spaltet  
322 die Gesellschaft und schwächt das Vertrauen in den Sozialstaat. Statt die  
323 Menschen gegeneinander auszuspielen, müssen die Menschen unterstützt und  
324 gesellschaftliche Teilhabe gefördert werden. Notwendig sind Solidarität und ein  
325 Sozialstaat, auf den sich Menschen in Not verlassen können.

326 Wir fordern:

- 327 • Qualifizierungs- Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen müssen  
328 ausreichend finanziert werden,
- 329 • eine deutliche Verbesserung der Betreuungsschlüssel in den Jobcentern,
- 330 • einen Weiterbildungsbonus, der Qualifizierung attraktiver macht,
- 331 • eine effizientere digitale Verwaltung, um bürokratische Hürden abzubauen,
- 332 • eine Absenkung der Transferentzugsraten, sodass sich Mehrarbeit spürbar  
333 lohnt,
- 334 • ergänzende Freibeträge für Kinder, Auszubildende und Pflegende sowie  
335 Menschen mit Behinderung, um besondere Lebenslagen zu berücksichtigen,
- 336 • bessere, vorrangige Unterstützung von Eltern bei der Organisation einer  
337 verlässlichen Kinderbetreuung durch die Jobcenter,
- 338 • angemessene Vermögensfreibeträge, ortsangemessene Mietübernahmen und den  
339 Ausschluss von grundgesetzwidrigen 100%-Sanktionen, um Armut und  
340 Wohnungslosigkeit zu verhindern,
- 341 • Regelsätze, Wohn- und Heizkosten fair und realitätsnah zu berechnen, auch  
342 um mehrere, aufeinander folgende "Nullrunden" beim Bürgergeld zu  
343 vermeiden.

344 Ein starker Sozialstaat traut den Menschen etwas zu, setzt auf Anreize und  
345 Unterstützung und eröffnet so neue Chancen und Perspektiven und gibt ihnen damit  
346 die Möglichkeit, wieder ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Davon profitieren  
347 auch Wirtschaft und Gesellschaft.

348 Das beste Mittel gegen steigende Beiträge und für solide Versicherungssysteme  
349 sind gute Löhne und eine breite Basis derer, die in die Systeme einzahlen. Dafür  
350 ist ein armutsfester Mindestlohn notwendig. Hierfür verankern wir den  
351 Referenzwert von 60 Prozent des Medianlohns aus der EU-Mindestlohnrichtlinie in  
352 das deutsche Mindestlohngesetz. Zudem setzen wir uns für eine stärkere  
353 Tarifbindung ein sowie mehr Mitbestimmung in Betrieben. Damit sorgen wir auch  
354 für gute und auskömmliche Arbeit. Denn unser Ziel ist es, dass Menschen, die  
355 arbeiten, immer mehr im Geldbeutel haben. Beschäftigte müssen in Zeiten von  
356 Strukturwandel in Veränderungsprozesse einbezogen werden. Gleichzeitig braucht  
357 es im Wandel auch Sicherheit. Entscheidend dafür ist eine  
358 Qualifizierungsoffensive. Wer sich auf Veränderung einlässt, muss wissen:

359 Niemand wird im Stich gelassen. Der Sozialstaat muss Halt geben, wenn Biografien  
360 brüchig werden, und Chancen eröffnen, damit Neues beginnt.

361 Viele Menschen können und wollen mehr arbeiten, ihnen werden aber immer noch zu  
362 viele Steine in den Weg gelegt. Die Bundesregierung muss Maßnahmen ergreifen, um  
363 insbesondere Frauen mehr Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Dazu gehört der Kita-  
364 Ausbau aus dem Sondervermögen, verlässliche Betreuung, Anreize, um Mini-Jobs in  
365 reguläre Beschäftigung zu wandeln oder flexibler zwischen Teilzeit und Vollzeit  
366 zu wechseln. Die Arbeitszeiten müssen im Sinne der Beschäftigten flexibler  
367 werden, damit sie mehr ins Familienleben passen.

368 Auch Menschen mit Behinderung geraten durch allgemeine Kostensteigerungen  
369 zunehmend unter Druck, weshalb ihre Hilfen und Unterstützungsangebote verbessert  
370 werden müssen. Dies gilt auch für die Eingliederungshilfe, die Menschen mit  
371 Behinderung die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht.

372

373 Wir wollen EU-Mitbürger\*innen in Deutschland vor Ausbeutung schützen, ohne die  
374 durch die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit festgelegten, bestehenden Zugänge zu  
375 Sozialleistungen in Frage zu stellen.

376 Wir wollen eine existenzsichernde Grundsicherung für jedes Kind, die  
377 sicherstellt, dass Kinderarmut effektiv bekämpft wird. Finanzielle Hilfen müssen  
378 gebündelt, die Inanspruchnahme von Leistungen durch einen digitalen  
379 Kinderleistungsscheck vereinfacht und um einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag  
380 ergänzt werden.

381

382 Die Schulabbrecherquote muss weiter sinken und mehr junge Menschen einen  
383 berufsqualifizierenden Abschluss erreichen. Deutschland muss sich weiter für  
384 Menschen öffnen, die hier arbeiten und Teil der Gesellschaft werden wollen.  
385 Hürden beim Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete und Zugewanderte wie  
386 Arbeitsverbote müssen endlich fallen und Mittel für Sprach- und  
387 Integrationskurse massiv gestärkt anstatt gekürzt werden, denn unser Wohlstand  
388 hängt auch davon ab, dass alle, die können und wollen, arbeiten dürfen.

389 Voraussetzung für stabile Sozialversicherungen ist auch ein gerechtes  
390 Steuersystem. Denn die Steuern finanzieren die versicherungsfremden Leistungen,  
391 die die Sozialversicherungen für das Gemeinwesen erbringen. Ein gerechtes  
392 Steuersystem ist darüber hinaus die Grundlage für gesellschaftlichen  
393 Zusammenhalt und solide Staatsfinanzen. Heute gilt jedoch: Arbeit wird stärker  
394 besteuert als Kapital und Erbschaften. Das untergräbt das Leistungsprinzip,  
395 verschärft Ungleichheit und mindert die Handlungsspielräume des Staates.  
396 Besonders ungerecht ist die Besteuerung von Alleinerziehenden, die in  
397 Deutschland steuerlich deutlich höher belastet werden als im OECD-Durchschnitt,  
398 speziell ihre steuerliche Belastung im Vergleich zu Ehepartner\*innen.

399 Die Erbschafts- und Schenkungsteuer weist erhebliche Schlupflöcher auf, ist  
400 effektiv ungerecht und sehr kompliziert gestaltet. Große Betriebsvermögen können  
401 weitgehend steuerfrei übertragen werden, während Erb\*innen mittlerer Erbschaften  
402 oberhalb der Freibeträge belastet werden. Das vertieft die soziale Ungleichheit  
403 und schwächt die Finanzierung des Gemeinwesens.

404 Es ist an der Zeit, die Gerechtigkeitslücken zu schließen und sicherzustellen,  
405 dass alle entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten einen fairen Beitrag

406 leisten. Hierzu legen wir mit dem Beschluss (VR01) ein kurzfristige  
407 Handlungsperspektive vor.

### 408 3. Regionale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

409 Der ökologische und ökonomische Umbau gelingt nur, wenn er allen Regionen  
410 zugutekommt. Gerade in strukturschwachen Gebieten, insbesondere in  
411 Ostdeutschland, sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Arbeitsplätze  
412 entscheidend für Zukunftsperspektiven. Darüber hinaus braucht es in allen  
413 Regionen eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung der öffentlichen  
414 Wirtschaftsförderung, die soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt und  
415 Unternehmen belohnt, die Tarifbindung, Mitbestimmung, Klimaschutz und lokale  
416 Wertschöpfung stärken.

417 Wir fordern:

- 418 • Ein gezieltes Transformationsprogramm für strukturschwache Regionen, das  
419 Investitionen in erneuerbare Energien, moderne Industrie und Forschung  
420 bündelt,
- 421 • Den Ausbau von Schienen, Breitband und Gesundheitsinfrastruktur, um  
422 ländliche Räume attraktiv zu machen,
- 423 • Anreize für Unternehmen, sich in Regionen mit hoher Abwanderung oder  
424 Arbeitslosigkeit anzusiedeln,
- 425 • Stärkere Förderung von Bildung und beruflicher Qualifizierung in  
426 ostdeutschen Ländern, um die Abwanderung junger Menschen zu stoppen und  
427 Fachkräfte vor Ort zu halten.

428 Damit der Transformationsprozess demokratisch getragen wird und  
429 Zukunftsperspektiven vor Ort entstehen, stärken wir zugleich die Beteiligung  
430 junger Menschen an zentralen Entscheidungen der regionalen Entwicklung. So wird  
431 die Transformation zu einer Chance für den Osten und alle strukturschwachen  
432 Räume – und nicht zu einer weiteren Quelle von Spaltung.

### 433 4. Moderner Staat und Digitalisierung

434 Eine moderne, handlungsfähige Demokratie braucht einen digitalen Staat. Doch  
435 kleinteilige Zuständigkeiten, zersplitterte Verwaltungsstrukturen und föderaler  
436 Flickenteppich blockieren heute die notwendige Transformation. Das macht unsere  
437 Verwaltung zu kompliziert, viel zu bürokratisch, häufig teuer und ineffizient.  
438 Wir brauchen grundsätzliche Reformen, eine echte Modernisierungs- und  
439 Digitalisierungsagenda, damit Menschen in Deutschland mit dem Staat digital und  
440 auf Augenhöhe kommunizieren können und dabei Verwaltungskosten gespart werden.

441 Die Menschen in Deutschland sollen mit dem Staat digital und auf Augenhöhe  
442 kommunizieren können. Doch viele Prozesse werden lokal gedacht und organisiert,  
443 obwohl sie bundesweit einheitlich gestaltet werden müssten – etwa die  
444 Beantragung von Pass- und Ausweisdokumenten.

445 Beispielsweise ist es nicht zu erklären, dass bei unterschiedlichen  
446 Behördengängen immer wieder aufs Neue Einkommens- und Vermögensprüfungen  
447 erfolgen, teilweise sogar nach unterschiedlichen Kriterien, anstatt das so eine

448 Prüfung einmal erfolgt und alle, die müssen, darauf zugreifen können. Mit solch  
449 grundsätzlichen Reformen lassen sich Verwaltungskosten drastisch senken.

450 Wir fordern:

- 451 • Grundlegende Strukturreformen, um Doppelstrukturen im Föderalismus zu  
452 reduzieren und digitale Prozesse bundesweit zu harmonisieren,
- 453 • Eine Bündelung von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und die  
454 Budgetverantwortung im Digitalministerium,
- 455 • Eine “Once-Only”-Regelung, damit beispielsweise bei unterschiedlichen  
456 Behördengängen nicht immer wieder aufs Neue Einkommens- und  
457 Vermögensprüfungen erfolgen, teilweise sogar nach unterschiedlichen  
458 Kriterien, anstatt das so eine Prüfung einmal erfolgt und alle, die  
459 müssen, darauf zugreifen können. Dazu braucht es einheitliche  
460 Rechtsbegriffe sowie Schnittstellen und Standards zwischen Verwaltung und  
461 Softwaresystemen, die Melde- und Reportingpflichten minimieren und  
462 Interoperabilität sicherstellen,
- 463 • Die Deutschland-App kann zum zentralen Zugangspunkt für Bürger\*innen  
464 werden – für Ausweis, Behördengänge und Nachweise. Doch sie darf nicht als  
465 isoliertes Projekt verstanden werden, sondern muss in ein Ökosystem  
466 eingebettet sein, das offene Schnittstellen nutzt und allen Regionen  
467 zugutekommt. Auch Unternehmen profitieren: von standardisierten  
468 Meldewegen, automatisierten Genehmigungsverfahren und reduzierter  
469 Bürokratie. So entsteht ein digital souveräner Staat, der Innovation  
470 ermöglicht, Verwaltung beschleunigt, Vertrauen stärkt und Wirtschaft wie  
471 Gesellschaft gleichermaßen entlastet,
- 472 • Damit Daten nicht immer wieder neu erhoben werden müssen, treiben wir die  
473 Registermodernisierung und -vernetzung voran. Die Behörden sollen auf  
474 einer eigenen Cloud, die Sicherheit, Datenschutz, Quelloffenheit und  
475 Anbieterunabhängigkeit gewährleistet, Datentools vorhalten, bei denen  
476 Bürger\*innen und Unternehmen ihre Daten nur einmal einpflegen müssen. Dann  
477 müssen die verschiedenen Ebenen der Verwaltung darauf selbst  
478 zurückgreifen.